

## C. 4 Die Rente geht uns alle an!

Beschluss des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen vom 11. Oktober 2008

---

1. Die Mitglieder und Sympathisanten des Landesverbandes werden aufgefordert, sich aktiv an der Sammlung von Unterschriften für die Massenpetition an den Deutschen Bundestag „Nein zur Rente ab 67“ zu beteiligen (Anlage 1 – Muster).
2. Die Landtagsfraktion sowie die sächsischen Mitglieder der Linksfraktion im Bundestag werden gebeten, sich als ReferentInnen für Veranstaltungen im Rahmen der rentenpolitischen Kampagne der LINKEN zur Verfügung zu stellen. Diese Veranstaltungen sollen möglichst gemeinsam mit Gewerkschaften und Sozialverbänden durchgeführt werden.
3. Der Landesvorstand wird aufgefordert, am 13. Dezember 2008 gemeinsam mit dem Parteivorstand eine zweite Aktionskonferenz Rente durchzuführen.
4. Im Rahmen der rentenpolitischen Kampagne setzt sich der Landesverband vor allem ein für:
  - die Rücknahme aller gesetzlichen Regelungen der letzten Jahre, weil diese zu einer Absenkung des realen Rentenniveaus führen und den massiven Anstieg von Alterarmut bewirken;
  - die Angleichung des aktuellen Rentenwertes Ost an den aktuellen Rentenwert West, weil nach 18 Jahren deutscher Einheit endlich die Benachteiligung ostdeutscher Rentner überwunden werden muss;
  - die Anhebung des Regelsatzes der Altersgrundsicherung von derzeit 351 auf zunächst 435 Euro, weil die gegenwärtig gewährten Leistungen kein menschenwürdiges Leben ermöglichen;
  - die Höherbewertung von Rentenanwartschaften für Beschäftigte im Niedriglohnsektor mit dem Ziel der Erreichung einer armutsfesten Mindestrente, weil nicht hingenommen werden kann, dass nach einem langen Arbeitsleben nur Renten auf Sozialhilfeniveau erreicht werden;
  - die Beseitigung der Benachteiligung bestimmter Berufsgruppen der DDR bei Rentenansprüchen, weil auch hier Vergleichbarkeit mit adäquaten Tätigkeiten in Westdeutschland hergestellt werden muss;
  - die Gewährung eines Versorgungsausgleiches für in der DDR Geschiedene, weil insbesondere betroffene Frauen überdurchschnittlich hoch von Altersarmut betroffen sind und insgesamt
  - eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung durch den Übergang zu einer Erwerbstätigenversicherung, weil nur so der Wohlstand im Alter gesichert werden kann.

---

### **Begründung:**

Erfolgte mündlich.

f.d.R.  
Rico Gebhardt  
Landesgeschäftsführer

11. Oktober 2008, Markneukirchen



